

Schweizerische Vereinigung
für Freiheit, Demokratie
und Menschenwürde
3000 Bern 11

Mitteilungen

editorial

THOMAS FUCHS
SEKRETÄR PRO LIBERTATE
E-Mail: fuchs@prolibertate.ch



Ja und Amen

Werte Leserinnen und Leser

Es werden wieder bessere Zeiten kommen, davon bin ich überzeugt. Schweizmüde Nörgler, welche unser Land auf allen Ebenen bewusst zu isolieren versuchen (um noch überzeugender für den UNO-, EU- und NATO-Beitritt werben zu können) haben bald ausgedient, denn sie verraten letztendlich unsere Kulturen, unsere Demokratie, unsere offene Gesellschaft, unsere Identität und unsere Solidaritätstradition.

Viele Schweizer EU-Befürworter mögen den EU-Potentaten gerade durch ihre Anschlussfreudigkeit, Zahlungswilligkeit und Kritiklosigkeit gefallen. Besser ist es jedoch, zäh und ausdauernd das System zu hinterfragen, sich aber dennoch konstruktiv und kreativ am Prozess zu beteiligen. Nicht am «Ja und Amen», sondern am Widerstand entsteht Bewusstsein. Für das Expo-Jahr 2002 wünsche ich Allen wieder mehr Bewusstsein!



Wir
haben
gewonnen!

Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE steht seit 45 Jahren kompromisslos für die Schweizer Milizarmee ein! Ihre Mitglieder, Gönner und Sympathisanten haben auch dieses Mal aktiv den Kampf gegen die Armee-Abschaffungsinitiativen der GSoA geführt. Der Einsatz hat sich gelohnt! Mit dem klaren Votum des Volkes und der Stände sind die links-extremen Anliegen vom Tisch. Wir danken allen Mitkämpferinnen und Mitkämpfern! Vielleicht erhalten wir noch ein Dankeschön aus dem Verteidigungsdepartement – wir werden dieses selbstverständlich unseren Mitgliedern nicht vorenthalten.

Im Namen des Vorstandes
Werner Gartenmann
Präsident

In dieser Ausgabe

- 2 Urabstimmung UNO 3. März 2002
- 2 Der UNO-Beitritt – Was bedeutet er wirklich?
- 3 «Armeeleitbild XXI unter Beschuss»: Zustimmende Zuschriften
- 4 Grenadier-Boss auf Irrwegen
- 5 Interview von Annemarie Gür-Bossard mit Herrn Nationalrat Ueli Maurer zum Thema: «Das Swissair-Debakel»
- 7 Buchempfehlung: Quo vadis, Russland?
- 9 Spalte des Präsidenten
- 11 Information ist alles! Beachtenswerte Internetseiten
- 12 Werben Sie Mitglieder für PRO LIBERTATE



Am 3. März 2002 stimmen wir über den UNO-Beitritt ab. Mit einer Stellungnahme des jungen Mitbürgers Patrick Freudiger aus Langenthal eröffnen wir die Diskussion:

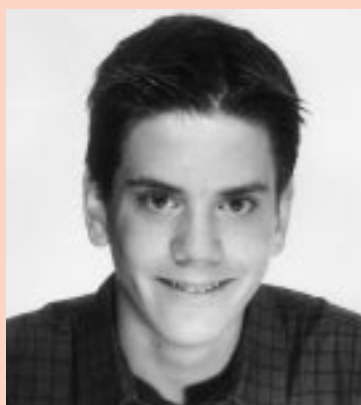
Der UNO-Beitritt – Was bedeutet er wirklich?

PATRICK FREUDIGER
LANGENTHAL, GYMNASIAST

E-Mail: freudiger4900@bluewin.ch

Am 3. März 2002 werden die Schweizer Stimmbürgerinnen und -bürger über den UNO-Beitritt abstimmen. Es geht um die Unterzeichnung eines für die Schweiz folgenschweren Vertrages. Obwohl wir heute bereits in allen Sonderorganisationen dabei sind, soll nun auch noch der Beitritt zur politischen UNO erzwungen werden. Dabei bildet sich eine besondere Allianz aus Bundesrat, Wirtschaftsfilz, FDP, CVP, SP, GsoA, Hilfswerken etc. Ich will mit meinem Artikel die Realität aufzeigen, welche durch die Desinformationskampagne der Befürworter vernebelt wird.

Die Idee von Zusammenarbeit und Weltfrieden ist keineswegs neu: Schon der Völkerbund verfolgte diese Ziele.



«Ich sage nein, im Interesse der folgenden Generation!»

Dabei sind Völkerbund und UNO zum Verwecheln ähnlich. Die Organisation und die Massnahmen zur Erreichung der Ziele waren dieselben. Auch der Völkerbund wurde einseitig dominiert

durch die damaligen Grossmächte und unsere Aussenpolitik war vollständig auf den Völkerbund ausgerichtet. Der Völkerbund hat versagt; er hat vor allem den 2. Weltkrieg nicht verhindern können. Haben wir aus den damaligen, also auch unseren Fehlern gelernt?

Die UNO-Realität mit ihrer UN-Gerechtigkeit

Heute wird die UNO häufig suggestiv als Weltlandsgemeinde dargestellt. Dies ist aus mehreren Gründen falsch: Unter einer Landsgemeinde versteht der Bürger ein Legislativorgan, in welchem jeder gleich viel Macht hat, wo man ernst genommen wird und es keine Vorrechte gibt. Die UNO widerspricht diametral dieser Definition: Das einzige Organ, in dem alle gleichberechtigt sind, ist die UNO-GV. Die Beschlüsse dieses Organs haben aber gerade mal den Charakter blosser Empfehlungen. Leider wird die UNO-Politik in Wirklichkeit im Sicherheitsrat gemacht. Und hier fehlt eine Gleichberechtigung vollends: 15 Staaten bestimmen, wie die UNO handelt. Und hier haben die fünf ständigen Mitglieder ein Veto-Recht, was bewirkt, dass diese Staaten die ihnen unangenehmen Beschlüsse boykottieren können; Völkerrecht hin oder her. China wurde z.B. noch nie für seine menschenverachtende Tibetpolitik verurteilt. Und weder die GV noch die UNO vertreten die Welt. Die besteht aus Diplomaten, welche gewiss nicht immer die Interessen des Bürgers vertreten. Wenn wir also nicht in der UNO sind, stehen wir abseits eines Diplomatenforums, nicht aber abseits der Welt. Damit kann die UNO auch keine kollektive Sicherheit garantieren. Sie wird einseitig dominiert und ist überdies auf die Streitkräfte fremder Bündnisse, z.B. der NATO (d.h. der USA) angewiesen. Die UNO hilft heute nur dort, wo es den Grossmächten im Sicherheitsrat einen Nutzen erbringt, so zum Beispiel im Irak. In Ruanda aber liess man einen Völkermord geschehen. Und auch dort, wo die Uno aktiv

Urabstimmung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Am 3. März 2002 werden Volk und Stände über den Beitritt der Eidgenossenschaft zur UNO abstimmen müssen. Der Bundesrat unterstützt diese Initiative, hat er doch den UNO-Beitritt zum wichtigsten aussenpolitischen Ziel der laufenden Legislatur erklärt. Selbstverständlich kann die Frage kontraproduktiv abgehandelt werden. Wir möchten nun Ihre Meinung wissen! Und überlassen Ihnen zu diesem Zweck einen Fragebogen (*Beilage in dieser Ausgabe*). Machen Sie bitte mit, teilen Sie uns Ihre Meinung bis spätestens 10. Januar 2002 mit. Wir benützen die Urabstimmung im Weiteren dazu, Sie über einige PRO LIBERTATE-Internas zu befragen. Die Umfrage wird anonym durchgeführt.

Besten Dank für Ihre Mitarbeit.

Der Vorstand

war, sind die Verhältnisse selten besser geworden. In Kambodscha wütet seit der UNO-Mission Aids. In Sierra Leone wurden UN-Blauhelm-Soldaten gefangen genommen und mussten von britischen Einheiten befreit werden. Die UN-Schutzzone in Srebrenica war ein Schlachthaus für die Zivilbevölkerung.

Darum soll gemäss Brahimi-Bericht die UNO zur Militär-Weltmacht umstrukturiert werden, trotz der desolaten Finanzlage.

Was heisst nun das alles für den neutralen Kleinstaat Schweiz? Gemäss UNO-Charta wären wir verpflichtet, die Beschlüsse des Sicherheitsrates zu übernehmen (Art. 25). Somit müssten wir uns an Wirtschaftsboykotten beteiligen (Art. 41). Wirtschaftsboykotte werden einseitig aus politischen

Gründen erlassen, hungern die Zivilbevölkerung aus und sind letztlich nicht humaner als Krieg. Auch müssten wir uns verpflichten – vor allem mit der UNO-Reform – dem Sicherheitsrat aufgrund von Sonderabkommen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, Bestand zu leisten und Erleichterungen einschliesslich des Durchmarschrechtes zu gewähren (Art. 43). Diese werden aber nicht von uns, sondern von Regierung und Parlament beschlossen. Unsere schweizerische Neutralität würde also einer Scheinneutralität à la Schweden geopfert. Unsere einzigartigen humanitären Dienste müssten politischen Überlegungen weichen. Echte Solidarität müsste einer opportunen Solidarität auf Kosten der Steuerzahler Platz machen. Die Kernfrage lautet also: Wollen wir uns

Zum Konzeptionsstreit um eine echte Schweizer Milizarmee

«Armeeleitbild XXI unter Beschuss»: Zustimmungende Zuschriften

HEINRICH L. WIRZ
MILITÄRPUBLIZIST

Mehrere Mitglieder von PRO LIBERTATE äusserten sich zur Frage «Sind Sie mit dem Inhalt einverstanden?» in der Broschüre «Armeeleitbild XXI unter Beschuss» (Zum Konzeptionsstreit um die Schweizer Milizarmee*). Deren Autor fasst eine der Zuschriften zusammen und weist auf die gedanklichen Einflüsse auf den Inhalt der Broschüre hin.

Derer Gehalt entspreche seinen Vorstellungen, schreibt ein um die Armee XXI besorgtes Mitglied, das sich über die Vernehmlassungsantwort von PRO LIBERTATE an das Verteidigungsdepartement (VBS) freut und nach der Herkunft des Gedankengutes fragt. Das Mitglied will hier ungenannt bleiben, um die Auseinandersetzung um die Armee XXI nicht auf Einzelpersonen

auszurichten. Er ist Oberst der Luftwaffe sowie ehemaliger Truppenkommandant und Berufsoffizier mit langjähriger Auslandsverwendung. «Meine Erfahrungen mit aktiven Militärs entsprechen genau dem, was Sie dem Bundesrat antworten.»

Zutreffende Lagedarstellung

Die Beschreibung der militärpolitischen Lage unseres Landes in der Broschüre sei sehr aufschlussreich. Bei eingehendem Studium finde man einleuchtende Gründe für eine andere als die amtliche Armee XXI. Dazu setze die Kurzfassung «Armeemodell PRO LIBERTATE» die Leitplanken. Klar werde, dass «Bundesbern» abweichende Auffassungen zum Armeeleitbild XXI nicht hören will. Dieser Führungsfehler wirke sich in der steigenden Unzufriedenheit der militärischen Miliz aus.

Zur UNO-Beitritts-Diskussion erfahren Sie mehr auf folgenden Internet-Seiten:

www.eda.ch

Mehr als nur sachliche Information! Steuermillionen ermöglichen einen Profi-Auftritt! Gehört natürlich zu den Ja-Sagern...

www.schweiz-uno.ch

Ja-Sager: Wiederum ein Komitee mit über 200 Mitgliedern des Parlamentes...

www.uno-nein.ch

Nein-Sager: Schweizerisches Aktionskomitee gegen den Beitritt zur politischen UNO. Schauen Sie vorbei und beachten Sie die Leserbriefe... Bürgerinnen und Bürger äussern sich...

mit dem UNO-Beitritt auf den Weg begeben, unsere jahrhundertlang gewachsenen Freiheits- und Volksrechte wegen Anpassertum durch eine schleichende Refeudalisierung unserer Polit-Struktur zu ersetzen? Ich sage NEIN, im Interesse der folgenden Generationen.



Vermag die Vernehmlassungsantwort von PRO LIBERTATE beim bestehenden Führungsstil des VBS überhaupt etwas zu bewegen, ist die Frage. In der Broschüre werde richtigerweise festgestellt, dass «tiefgreifende Streitgespräche um die künftige Gestaltung des schweizerischen Wehrwesens bisher nur in Ansätzen stattgefunden haben». Eine brauchbare und

breit abgestützte Grundvorstellung der schweizerischen Milizarmee komme aber nur zustande, wenn das VBS auch auf konstruktiv-kritische Vernehmlassungsantworten wie diejenige von PRO LIBERTATE eingehe und sich damit sachlich auseinandersetze. Das Mitglied fragt schliesslich, ob sich die Beurteilung des Armeeleitbildes XXI durch PRO LIBERTATE fachlich-personell auf eine Art «Think tank» abstütze.

«Unsicherheit durch Kooperation»

Die ermunternde Zuschrift sei hiermit im Auftrag von PRO LIBERTATE verdankt und beantwortet. Nein, es war keine Arbeitsgruppe sogenannt hochkarätiger Sachverständiger am Werk. Schon nur die knappen Zeitverhältnisse für die Vernehmlassung hätten dafür nicht gereicht. Der Inhalt der Broschüre «Armeeleitbild XXI unter Beschuss» gründet auf zahlreichen Quellen, die auszugsweise im Literaturverzeichnis angegeben sind. Behördliche Berichte, parlamentarische Vorstösse sowie die Militärfach- und die Tagespresse wurden ausgewertet, insbesondere zum Armeeleitbild XXI gegensätzlichen Inhaltes.

Der sogenannte Konzeptionsstreit um die militärische Landesverteidigung nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Muster für eine breitangelegte und heftige Auseinandersetzung. Eine solche hat um den bundesrätlichen Bericht «Sicherheit durch Kooperation» vom Juni 1999 als Grundlage des künftigen schweizerischen Wehrwesens und in Kenntnis der hintergründigen Absichten nie stattgefunden. Alt Ständerat Franz Muheim hat diesen Bericht sehr kritisch beurteilt. Robert Nef, Herausgeber der «Schweizer Monatshefte», schreibt sogar von «Unsicherheit durch Kooperation» (Mai 2001). Auch Hans Bachofner weist den Bericht zurück.

«Der Anfang vom Ende der Miliz»

Dieser Titel steht über einer immer noch höchst lesenswerten Stellung-

Grenadier-Boss auf Irrwegen...

In einer Demokratie ist die Auseinandersetzung um die Sache selbstverständlich. Deshalb stellen wir im Rahmen der Meinungsbildung unsere Informationen einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung. Die Schrift Nr. 15 «Zum Konzeptionsstreit um die Schweizer Milizarmee» von Heinrich L. Wirz haben wir zum Beispiel den Offiziersgesellschaften zugestellt. Wir publizieren hier einen Brief, welcher für sich spricht... Eine Bemerkung sei gestattet: Welche SVP ist gemeint? Diejenige vom ehemaligen VBS-Chef Adolf Ogi? Die von Bundesrat Samuel Schmid? Und noch etwas: Im PRO-LIBERTATE-Vorstand ist die FDP in der Mehrheit. Dieser Grenadierschuss entpuppt sich buchstäblich als Rohrkrepierer...

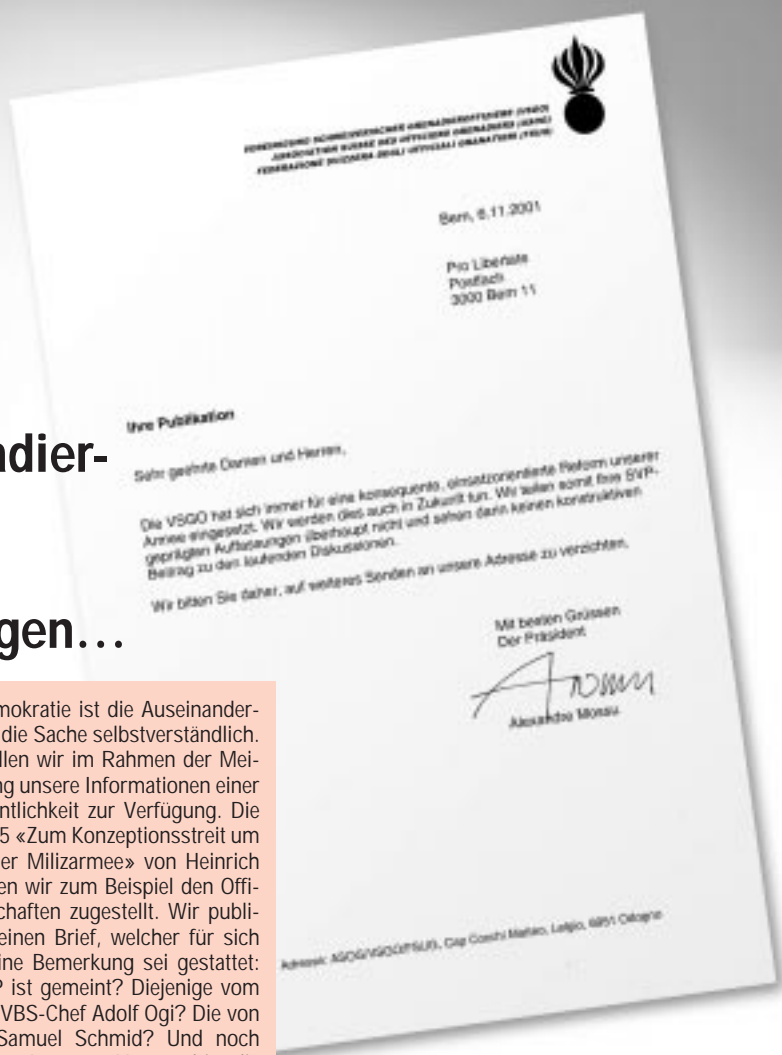
NB: Herr Mossu ist persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Deiss...

nahme der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern, Regierungsrätin Dora Andres, vom November 1999, über das politisch prekäre und die Armee reform gefährdende politische Vorgehen. Anregend sind die Veröffentlichungen und Vorstösse skeptischer Parlamentarier aller Bundesratsparteien. Stellvertretend seien genannt die Nationalräte Boris Banga (SP, SO), J. Alexander Baumann (SVP, TG) mit eigener Broschüre, Walter Hess (CVP, SG) und Johann Schneider-Ammann (FDP, BE). Dagegen liegt die Schweizerische Offiziersgesellschaft auf der VBS-Linie. Von den höheren Staboffizieren als militärische Fachleute haben neben Hans Bachofner nur Simon Küchler und Erhard Semadeni abweichende Auffassungen zum Armeeleitbild XXI dargelegt. Im Gegensatz zum früheren Konzeptionsstreit scheint es den aktiven höheren Staboffizieren durch das VBS verwehrt zu sein, öffentlich eine entgegengesetzte Meinung zu

vertreten. Andererseits haben zahlreiche, auch jüngere Milizoffiziere (Philippe Müller) ihre Besorgnis um die «Miliz am Scheideweg» (Hans Vontobel) und klare Vorstellungen zur Armee XXI geäussert, vor allem in der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift (ASMZ). Verhängnisvoll wird sich auswirken, dass das VBS die Verbesserungsvorschläge kaum beachtet und die Ergebnisse der Vernehmlassung einseitig ausgelegt hat.

Anmerkung: Die oben aufgeführten Namen stehen – mit Ausnahme der Parlamentarier – ohne nähere Bezeichnungen. Diese sind in der erwähnten Broschüre zu finden.

*) Armeeleitbild XXI unter Beschuss – Zum Konzeptionsstreit um die Schweizer Milizarmee. 40 Seiten, broschiert. Schriftenreihe PRO LIBERTATE Nr. 15. Bern, September 2001.





Das Swissair-Debake!

Interview von Annemarie Gür-Bossard mit Herrn Nationalrat Ueli Maurer, Präsident der Schweizerischen Volkspartei SVP. Das Gespräch fand am 6. Dezember 2001 statt.

Woran dachten Sie, als Sie am 23. November 2001 vom Crossair-Absturz hörten?

An die Opfer und ihre Angehörigen. Aber auch daran, dass der ohnehin schwierige Start der neuen Fluggesellschaft nun noch schwieriger werden dürfte.

Anlässlich einer Sondersession wurde im Nationalrat über die Bundeshilfe an die Swissair diskutiert, nachdem der Bundesrat in eigener Kompetenz über Volk und Parlament hinweg, 2 Milliarden Subventionshilfe für sie bewilligt hat. Wie beurteilen Sie dieses Vorgehen?

Der Bundesrat hat immerhin die Finanzdelegation, ein Ausschuss der Finanzkommissionen von National- und Ständerat befragt, das ist grundsätzlich rechtens. Die SVP fordert aber eine Gesetzesänderung, damit solche grosse Ausgaben nicht mehr am Volk vorbeigeschmuggelt werden können. Wir verlangen, dass in solchen Notfällen der Maximalbetrag auf 100 Millionen festgesetzt wird.

Welche Konsequenzen hat dieses Vorgehen für unsere direkte Demokratie?

Die Stimmbürger haben Mühe, zu verstehen, dass sie auf diese Weise nichts zu sagen haben. Ich be-



«Schulden sind bekanntlich einfach noch nicht bezahlte Steuern»

fürchte, dass damit der Unmut gegenüber dem Staat weiter wächst. «Die machen ja trotzdem was sie wollen», ist dann der Ausdruck dieser Resignation. Das ist für unsere Demokratie gefährlich.

Sie sind ein Gegner dieser Unterstützung durch den Bund? Aus welchen Gründen?

Es ist nicht Aufgabe des Bundes bzw. des Steuerzahlers, krasse Management- und Führungsfehler zu berappen. Damit wurde ein gefährliches Präjudiz geschaffen für weitere Fälle. Zudem laufen wir Gefahr, ein Projekt zu finanzieren, welches am Markt keine Chance hat. Der Flugverkehr weltweit und insbesondere in Europa leidet seit Jahren unter Überkapazitäten und schlechten Erträgen. Das hat sich nach den neusten Unfällen schlagartig nochmals verschärft.

Es wurde auch argumentiert, die staatliche Intervention verhindere weiteren grösseren Schaden wie massive

Arbeitslosigkeit und Einbussen bei Zuliefer-Firmen. Was setzen Sie dieser Begründung entgegen?

Das mag kurzfristig möglicherweise zutreffen. Trotzdem ist es falsch, auf diese Weise zu versuchen, Arbeitsplätze zu erhalten. Immerhin kostet ein möglicherweise auf diese Weise «geretteter» Arbeitsplatz rund 150'000 Franken. Das ist viel Geld, wenn man am Gelingen zweifeln muss.

Die Gegner behaupten, dass durch den Verlust einer nationalen Airline für die Schweiz ein Imageverlust entstehen würde...

Das wird überbewertet. Man hat sich daran gewöhnt, dass Fluggesellschaften Konkurs gehen. Wichtig ist ein funktionierender Flughafen, der pünktliche Flüge gewährleistet. Daran werden wir möglicherweise gemessen. Daneben gibt es viele und wichtigere Gründe als eine Airline mit dem Schweizerkreuz auf der Heckflosse.

Was sagt der Vertreter eines Bauernverbandes, wenn argumentiert wird, dass auch die Landwirtschaft nur dank Subventionen überlebe und man deshalb auch mal eine Fluggesellschaft unterstützen könne.

Die Landwirtschaft wird nicht subventioniert, sondern wird für ihre multifunktionalen Aufgaben entschädigt. Auch die Landwirtschaft hat im Übrigen ein Strukturproblem. In den letzten zehn Jahren wurden 40 bis 50'000 Arbeitsplätze abgebaut. Weitere werden folgen, man rechnet mit einem weiteren Abbau von einem Drittel der Bauernbetriebe in den nächsten Jahren.

Es scheint so, dass die Politik, insbesondere der Bundesrat, mit tatkräftiger Unterstützung z.B. durch den Medienkonzern Ringier, gestärkt aus diesem Debakel hervorgeht. Niemand hat bis jetzt die Rolle der Verwaltung, der Bundesämter, der staatlichen Kontrollorgane und der Parlamentarier hinterfragt. Ist es in der Tat so, dass diese jahrelange Fehlentwicklung bei der na-

tionalen Fluggesellschaft für Bundesbern nicht erkennbar gewesen ist?

Die SVP fordert eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zur Untersuchung der Vorfälle. Tatsächlich ist der Bund verpflichtet, als Aufsichtsbehörde bei der Vergabe der Lizenz die Zahlungsfähigkeit der Fluggesellschaft zu prüfen. Das Gesetz wurde vor kurzer Zeit auf Anregung der Swissair sogar noch verschärft. Es ist offen, ob der Bund mit einer zu largen Aufsicht den Prozess noch beschleunigt hat. Da der Bund in Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit eine Doppelrolle – nämlich Eigentümer und Aufsichtsorgan – wahrzunehmen hat, ist der Konflikt wieder vorprogrammiert. Für wen entscheidet sich der Bund inskünftig im Konfliktfall?

Die FDP lehnt nach wie vor eine PUK zur Untersuchung der Swissair-Pleite ab. Kann diese Verweigerung als indirektes Schuldeingeständnis interpretiert werden?

Die FDP und die SP wollen keine PUK. In der Tat ist die SP mit Bundesrat Leuenberger als Oberaufsicht und die FDP mit zahlreichen gewichtigen Verwaltungsräten direkt involviert. Der Widerstand gegen eine Untersuchung kann also durchaus solche Hintergründe haben.

Was hätte der Staat Ihrer Meinung nach im Swissair-Falle tun sollen?

Er hätte als Aktionär und Aufsichtsbehörde frühzeitig Alarm schlagen sollen, um das Schlimmste zu verhindern. Denkbar ist auch, dass er eine Übergangshilfe gewährt und dafür sorgt, dass der Flughafen funktioniert. Auf keinen Fall darf er sich an der neuen Airline beteiligen.

Braucht die Schweiz wirklich keine nationale Fluggesellschaft?

Die Schweiz braucht keine eigene Fluggesellschaft. Wir brauchen internationale Verbindungen und dazu einen funktionierenden Flughafen.

fen. Solange in Kloten Flugbillette verkauft werden, wird ab Zürich geflogen.

Plötzlich zeigten Politiker, die Boulevardzeitung «Blick» und Sonntagsblick-Kommentator Meyer patriotische Verantwortung. Sind dies nicht die gleichen Leute, die bereit sind, die tragenden Pfeiler der Eidgenossenschaft auf dem Altar des Internationalismus zu opfern?

Tatsächlich wollen die gleichen Leute, die die Eigenständigkeit der Schweiz, den Schweizer-Franken usw. abschaffen wollen, plötzlich eine eigene Fluggesellschaft. Wenn man beobachtet, wer sich nun engagiert hat, stellt man fest, dass es vielfach darum ging, sich von der eigenen Verantwortung loszukaufen. Es gibt für unser Land wichtigere Identifikationsmerkmale als eine eigene Fluggesellschaft, die vor lauter Grössenwahn überinvestiert und dann in Konkurs geht.

Welche Folgen wird dieser Entscheid, die Swissair mit zwei Milliarden zu unterstützen, für unser Land haben?

Die Schulden nehmen weiter zu, der Bund muss dafür ja Darlehen aufnehmen, was nochmals 36 Millionen Beschaffungskosten auslöst. Und Schulden sind bekanntlich einfach noch nicht bezahlte Steuern.

Heisst das, ohne die Bundeshilfe für die Swissair hätte der Bundeshaushalt 2002 ausgeglichen budgetiert werden können?

Ja, es wäre mindestens ausgeglichen gewesen. Auch in der Rechnung 2001 werden wir trotz guter Wirtschaftslage ein Defizit ausweisen.

Herr Nationalrat, wir danken Ihnen für das Gespräch!

Annemarie Gür-Bossard
guer@prolibertate.ch

Buch-Empfehlung:

Quo vadis RUSSLAND



DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

Der Autor, der schon in der DDR ein kritischer Analytiker war und deshalb flüchten musste, lehrte später Politikwissenschaft an mehreren westdeutschen Universitäten mit dem Forschungsschwerpunkt Sowjetunion und war lange Zeit auch an führender Position am Zentrum für angewandte Wirtschaftsforschung in Basel tätig. Sein neuestes Buch, auf sehr hohem Niveau geschrieben, stellt die Frage, warum Russland sich heute auf dem Stand eines Entwicklungslandes befindet und es möglicherweise Jahrzehnte dauern wird, ehe sich seine Verhältnisse grundlegend ändern werden. «Was sind die Gründe der Stagnation? Was ist von dem militärischen Apparat der ehemaligen Weltmacht zu halten? Wohin geht die Reise?» Die Gründe sind nach Ansicht des Autors wesentlich tiefer zu sehen: Beim Zusammenbruch des sowjetischen Herrschaftssystems ist der Kommunismus nicht verschwunden, sondern zu nicht geringen Teilen erhalten geblieben. Und je länger Jelzin an der Macht war, desto mehr setzten sich die Methoden des alten sowjetischen Verwaltungsapparates durch; sie bogen alles ab, was nach weiteren Reformmassnahmen aussah. Die letztlich nur wenigen Äusserungen Putins zu seinem zukünftigen politischen Kurs weckten Erinnerungen, so liest man im Buch, an die Tage Breschnevs, bei denen das Militär und die Rüstungsindustrie den Ton angaben. Rüstungsbetriebe als Schrittmacher des Wirtschaftsaufschwunges nutzen und durch Waffenexporte die Staatskasse auffüllen zu wollen, wie Putin es angedeutet hat, bedeutet indes, die Ursachen des Niedergangs des So-

wjet-Riesenreichs nicht erkannt und daraus nichts gelernt zu haben. Dass die ihres Ansehens beraubten Militärs heute versuchen, dies alles als «eine Folge unglücklicher Politik» hinzustellen, mag verständlich sein – bleibt aber falsch: Bei dem immer noch fehlenden Unterbau der russischen Wirtschaft und der mangelnden industriellen Leistungsfähigkeit im zivilen Bereich kann sich von der Rüstungsindustrie aus keine allgemeine Besserung ergeben.

Der heutige russische Staatsbürger sieht sich nicht mehr einer Partei gegenüber, sondern einer Clique – welche sich zu einem grossen Teil aus einstigen Partei- und Wirtschaftsfunktionären rekrutiert. Das Land lebt, so formuliert es der Verfasser in seiner offenen, schonungslosen Sprache, «im Zustand des Nomenklatura-Kapitalismus.» Es werde von einer sich wechselseitig stützenden Macht- und Reichtumselite regiert, die vielleicht 2 bis 3 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Umgeben ist sie von Mafia-Gruppierungen, die einschliesslich aller Sicherheitsdienste und Leibwächter bis hinab zu den dunklen Zonen der gedungenen Schlägertrupps und des organisierten Verbrechens 10 Prozent der russischen Gesellschaft einschliessen mag. Diese nicht einmal 15 Prozent der russischen Bevölkerung bestimmen die Charakterzüge des heutigen Systems. Es sei eine Herrschaftsform entstanden, in der die gewählten Vertreter des Volkes nicht den Willen des Volkes vollziehen, sondern entweder den Interessen der Oligarchie gehorchen oder von ihr ausmanövriert würden. Gewiss: Formal ist ein demokratisches System etabliert worden, doch

Folgende Bücher empfehlen wir Ihnen ebenfalls, weil sie die Bestrebungen der Vereinigung PRO LIBERTATE durch ihre prägnanten Stellungnahmen zu Gunsten der Schweiz unterstützen:

Angelo M. Codevilla:

«Eidgenossenschaft in Bedrängnis»: Die Schweiz im 2. Weltkrieg und die Aufarbeitung der Geschichte.

Verlag Novalis, 251 Seiten, CHF 39.–, ISBN 3907160819

Alfred E. Zumbunn:

«Europas Eidgenossen»: Brückenschlag zwischen Vergangenheit und Zukunft.

Verlag Konsensfabrik Mont-Soleil, 320 Seiten, CHF 28.–, ISBN 3-9522327-0-X

(Berücksichtigen Sie den effizienten Bücher-Service der Schweizerzeit AG:
Fax 052.301 31 03
E-Mail:

Fortsetzung auf Seite 8

ist «das russische Regierungssystem um Lichtjahre von jedem demokratischen System des Westens entfernt.» Der Autor kommt zu der – für manche politischen Illusionisten im Westen gewiss sehr erschütternden – Schlussfolgerung: «Wer das Russland von heute mit der Sowjetunion von früher einerseits und mit westlichen Regierungssystemen andererseits vergleicht, wird feststellen müssen, dass sich strukturell mehr Ähnlichkeit mit der alten Sowjetunion auftut als mit den demokratischen Regierungssystemen des Westens.»

Dass Russland mit einem Mann an der Spitze, der mit raffinierter Inszenierungskunst im Dienst oligarchischer Interessen an die Macht gekommen sei, auf den Weg einer politischen und wirtschaftlichen Gesundung kommen könne, sei sehr zu bezweifeln, «wenn nicht sogar ausgeschlossen.» Das Fazit? Die Erneuerung von Recht, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion über Anfänge, die wenige reich und viele arm gemacht haben, nicht hinausgekommen. «Es gibt kaum Grund zu der Hoffnung, dass die Russen, die darüber unglücklich sind, in absehbarer Zeit Trost finden werden.»

Aussenpolitisch ist Russland für den Westen nicht berechenbarer als früher geworden. Moskau, das ist allerdings nicht die direkte Formulierung des Autors, aber die logische Konsequenz seiner Darstellungen, wird man auch zukünftig mit Skepsis und Misstrauen betrachten müssen. Und das nicht nur in seiner Politik und Wirtschaft. Ein Buch, das sehr nachdenklich macht!

Claus D. Kernig: «Lenins Reich in Trümmern: Schatten über Russlands Zukunft». Deutsche Verlagsanstalt, München, 428 Seiten, CHF 44.–, ISBN 3421053227.



Europa-Konferenz in Lyon

THOMAS FUCHS
SEKRETÄR PRO LIBERTÄTE
E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Nach Otzenhausen (Deutschland) fand soeben in Lyon die zweite von insgesamt 3 Europakonferenzen mit dem Thema «Die Schweiz und Europa – Die Schweizerische Verfassungsgeschichte: Eine Quelle von Anregungen für die Zukunft Europas?» statt. Lenzburg wird im April 2002 Schauplatz der Abschlusskonferenz. Teilnehmende sind Experten des Verfassungsrechts und Persönlichkeiten aus Universitäten, Wirtschaft, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Politik, staatsbürgerlichen Organisationen, Kultur und Bildung aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz.

Zusammen mit Thomas W.G. Schmidt, Militärarzt und Chef der Kommission für Europafragen und Auswärtige Angelegenheiten der Jungen SVP Schweiz, nahm ich an dieser Konferenz teil, weil die zentralistische und bürgerferne EU in dieser Form ein falscher Ansatz für ein Europa der Zukunft ist. Ziel muss es daher sein, den EU-Beitritt der Schweiz mit allen Mitteln zu verhindern, gleichzeitig aber die EU von aussen via Networking und aktivem Mitwirken in europäischen Nicht-Regierungs-Organisationen so im Sinne der Schweiz zu verändern, dass ein eventueller Beitritt zur EU dereinst nicht das Ende der direktdemokratischen, föderalen und der ganzen Welt aufgeschlossenen Schweiz bedeuten wird.

Der «Appel de Lyon» fordert die Staats- und Regierungschefs der EU auf, nach dem Gipfel von Laeken einen Rat ins Leben zu rufen, der mit der Ausarbeitung einer föderalistischen EU-Verfassung beauftragt werden soll. Unsere Teilnahme bewies, dass man trotz fehlender EU-Mitglied-

schaft innerhalb der EU mitreden kann, ja sogar muss. Unsere Interventionen haben bewirkt, die Schweiz namentlich im Appell von Lyon erscheinen zu lassen.

Nebenbei konnte in Lyon ein aufschlussreiches Psychogramm der jungen Schweizer EU-Befürworter erstellt werden: Bei vielen handelt es sich um Menschen, die kritik- und bedingungslos zum EU-Beitritt stehen. Sie leben in einer Welt, die nur Extrempole, also EU-Mitgliedschaft oder Isolation kennt. Ihr kleinräumiges Weltbild endet an der EU-Ausgangsgrenze und zerbricht vollends, wenn die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied die Verfassung Europas inspirieren soll. Selber bringen sie keine alternativen Denkanstösse oder Innovationen in die Diskussionen ein, da ja ihre öffentlich geäusserten Ideen vielleicht von denen der Masse abweichen könnten. Man würde dann jeweils auffallen. Ausserdem widerspräche ein solches Verhalten dem ungeschriebenen Gesetz der «political correctness», welches allem Anschein nach einen Grossteil der «classe politique et intellectuelle» der Schweiz im Bann zu halten scheint.

Man muss sich fragen, ob Personen, welche die Schweiz öffentlich als egoistisch, unsolidarisch und arrogant bezeichnen, überhaupt fähig und erwünscht sind, im Namen dieser ihnen so verhassten Schweiz an internationalen Konferenzen teilzunehmen. Zusammen mit Thomas W.G. Schmidt fordere ich die sich nun betroffenen fühlenden Institutionen auf, das nächste Mal anstelle der kleinkarierten Bedenkenträger Personen zu schicken, welche die Schweiz gern haben sowie Volk und Kultur zu schätzen wissen. Davon dürfte letztendlich auch die EU im positiven Sinne profitieren.

Spalte des Präsidenten



WERNER GARTENMANN

E-Mail: gartenmann@prolibertate.ch

Billiger Trick

Am 2. Dezember 2001 haben Volk und Stände Klartext gesprochen: Die Abschaffung der Armee ist nun für längere Zeit vom Tisch. Ich bin einverstanden, dass jetzt die Diskussion rund um die neue Armee XXI konzentriert und rasch zu führen ist. Aber es ist nicht redlich, wenn von oberster Stelle das Abstimmungsergebnis in ein kritikloses Ja zur Armee reform umfunktioniert wird. Der Eindruck entsteht, die «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» habe dem Verteidigungsdepartement einen guten Dienst erwiesen... Es ist schlichtweg ein billiger Trick, den 2. Dezember als Blankoscheck für die Armee XXI zu missbrauchen. Nein, das klare Abstimmungsvotum ist ein Bekenntnis zur Armee – zur Milizarmee! –, zum Machtinstrument der unabhängigen und neutralen Schweiz. Und aus diesem Votum erwachsen klar die Aufträge der Armee, u.a. der Hauptauftrag Landesverteidigung. Deshalb bleibt das Armeeleitbild XXI umstritten. Auch wenn diverse Generäle einen rücksichtslosen Frontalangriff gegen die direkte Demokratie fahren, um ihre Visionen «Nato-Beitritt» und «Waffengänge à la US-Armee» zu realisieren. In diese undemokratischen Mache-schaften reiht sich nahtlos die von

einer verwaltungsinternen (!) Arbeitsgruppe erarbeitete Erkenntnis ein, der Bundesrat dürfe und müsse (!) in Abstimmungskämpfe aktiv eingreifen. Und vollends den Vogel undemokratischen Treibens abgeschossen hat Bundesbern mit der Absicht, eine Kommission zu bilden, welche den Wahrheitsgehalt von nicht amtlichen Abstimmungsunterlagen prüfen soll. Es scheint, die Schweiz mache das Unmögliche möglich, indem wir DDR-Stasi-Tätigkeit mit inquisitorischem Greuelzauber zu einer Kurie des politischen Moralismus klonen mit dem Ziel, eine Rasse von Staatsbürgern zu züchten, die sich mit Kopfnicken und Verbeugen begnügt.

Wir müssen den Widerstand gegen solche Fehlentwicklungen aufrechterhalten. Lassen wir uns nicht mundtot machen und verunsichern mit Sprüchen aus der Propaganda-Werkstatt, die da lauten: SVP-nah, AUNS-Mariotten, rechtsextreme Hinterwäldler. Stehen wir zu unseren Absichten, auch wenn dies oft unbequem ist.

Angriffe auf Rekruten

Einige Zuschriften erreichten uns mit der Aufforderung, die Angriffe auf Rekruten und das unterdrückte Notwehrrecht der Schweizer Armeeangehörigen zu thematisieren. Die Vereinigung «sifa – Sicherheit für alle» fordert mit einer eingereichten Petition, dass diese Missstände behoben werden. Wir sind der Meinung, dass PRO LIBERTATE weiterhin voll auf die Aufrechterhaltung des Wehrwillens setzen müsse. Selbstverständlich sind die konkreten Ereignisse zu verurteilen. Sie sind aber das Resultat einer Gesellschaft, die Damen und Herren in Behörden (Parlamente, Regierungen, Gerichte) wählt, die es zulassen, dass Soldaten nicht mehr respektiert werden, dass Multikultur, Solidaritätsfanatismus sowie Gleichmacherei die bürgerliche Ordnung zersetzen, dass verantwortungsbewusste und steuerzahlende Bürger mit Kriminellen «gleichgesetzt» sind (bezahlen Sie

einmal eine Parkbusse von 40 Franken nicht und Sie erfahren, wie der Staat unbarmherzig zuschlägt, während der Drogendealer oder Sans-Papier aus dem Gerichtsgebäude unbehelligt hinausspaziert). Behörden, die lupenrein hinter dem Staatsbürger – dem Soldaten – stehen, lassen die erwähnten Ereignisse nicht zu.

Boycottieren Sie den Huber-Verlag

Sie erinnern sich (cf. PRO LIBERTATE-Mitteilungen Nr. 5/2001), dass der in Frauenfeld ansässige Verlag Huber AG uns die Publikation eines «Pro-Armee-Inserates» im Taschenbuch



«Schweizer Armee 2002» verweigert. Mehrmals haben wir den Verlagsleiter gebeten, Stellung zu beziehen; Reaktion null. Ebenfalls im Huber-Verlag erscheinen die Organe «ASMZ – Allgemeine Schweizerische Militärzeitung» und der «Schweizer Soldat». Beide Verlagsleiter haben uns gebeten, in ihren Erzeugnissen Inserate gegen die GSoA-Initiativen zu publizieren, schliesslich waren wir in den letzten zehn Jahren ein guter Kunde. Wir haben aber abgesagt mit der Begründung, dass wir in erwähnter Sache boykottiert werden. Auch diese Verantwortlichen haben uns nicht geantwortet. Arroganz scheint offenbar oberstes Gebot der Huber Kundenbetreuung zu sein. Im Weiteren

halten wir am Verdacht fest, dass das Verteidigungsdepartement die Nicht-Publizierung des Inserates bewirkte. Was ist zu tun? Auf jeden Fall «bohren» wir weiter. Wir rufen unsere Mitglieder, Gönner und Sympathisanten auf, das Handbuch «Schweizer Armee 2002» sowie andere Produkte aus dem Hause Huber zu boykottieren.

Ungarn-Veranstaltung

Am 10. November 2001 führten wir in Bern unsere Geburtstagsfeier durch: Stolze 45 Jahre Vereinigung PRO LIBERTATE, welche unter dem Eindruck des Ungarn-Aufstandes 1956 gegründet wurde. Wie Sie wissen, unterstützen wir seit 1996 jährlich vier Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in Ungarn mit einem Stipendium. Frau Agnes Krakkai aus Budapest folgte unserer Einladung und stellte ihre Heimat vor. Unsere erste Stipendiatin tat dies mit Bravour. Dr. Andreas Oplatka, NZZ-Korrespondent in Budapest, analysierte in einem eindrücklichen Vortrag den Ungarn-Aufstand und zeigte die aktuelle Situation des ehemaligen Ostblock-Landes auf. Der Veranstaltung wohnte der ungarische Botschafter Dr. Pál Schmitt bei. Es war eindrücklich, wie der Botschafter spontan an der lebhaften Diskussion teilnahm und die Arbeit von PRO LIBERTATE dankte. Das Ehepaar Dr. Irányi aus Grindelwald, PRO LIBERTATE-Mitglieder, übernahm die Beherbergung von Frau Krakkai. Die junge Ungarin konnte erlebnisreiche Tage in der Schweiz erfahren, u.a. besuchte sie das Jungfraujoch und konnte unter kundiger Führung von Nationalrat Hans Fehr das Bundeshaus besuchen. Anlässlich dieses Besuchs trafen wir in einem Kommissionzimmer zufällig den Glarner Ständerat Bruno Frick, welcher spontan

■ Agnes Krakkai aus Budapest, Empfängerin des PRO LIBERTATE-Stipendiums. Sie studiert heute Wirtschaft mit Schwergewicht Export. ■



■ Der ungarische Botschafter in Bern, Dr. Pál Schmitt, dankte PRO LIBERTATE für das Engagement. ■

ein Ungarn-Liedchen zum Besten gab. Diese Szene zeigte vielleicht die doch noch vorhandene Bürgernähe eidgenössischer Politiker.

Wir führen das Ungarn-Stipendium weiter. Denn eine solide Ausbildung stellt die notwendige Voraussetzung für eine Demokratie bereit. Wir danken Ihnen, wenn Sie zu diesem Zweck unseren Ungarn-Fonds weiterhin unterstützen können (Zahlung mit Vermerk «Ungarn»).



Expo: Das vorsätzliche «Grounding» der Schweiz

Das Jahr 2002, das Expo-Jahr. Wir verbergen unsere Kritik an dieser Show nicht, welche zwar mit Geldern des Volkes bis ins Uferlose finanziert, aber gebastelt wird von einer elitären Suppe, die gar dreiste Zugaben eingerührt erhielt. Ebenfalls von einer Elite wurde die Swissair «platt geflogen». Und der Steuerzahler darf diese Heldentat grosszügig verdanken. Wie bei der Swissair schauen Regierung und Parlamentsmehrheit dem Expo-Treiben zu und schieben Million um Million nach, damit am Schluss auch hier etwas «in den Boden gefahren» – eben «gegroundet» – werden kann, nämlich die Werte der Eidgenossenschaft.

CH
365

PRO LIBERTATE veranstaltet im nächsten Jahr den Zyklus «365CH». Was bedeutet dieser Titel? Wir wollen im Gegensatz zu den verunglückten Wasserspielen der Expo-Macher die Schweiz so vorstellen, wie sie im Alltag und zwar während «365 Tagen im Jahr» existiert. Wir wollen Orte besuchen, die zeigen, dass die Schweiz eben die Schweiz ist. Ich freue mich, zusammen mit Ihnen unsere Expo-Alternative zu realisieren – ohne Steuergelder.

Soweit mein Rück- und Ausblick. Ein ereignis- und lehrreiches Jahr geht zur Neige. Seien wir dankbar, dass wir in diesem Land leben dürfen. Halten wir Sorge dazu. Ich wünsche Ihnen im Namen des Vorstandes besinnliche – christliche – Tage und ein gutes neues Jahr!

Information ist alles!

Internetseiten Wir empfehlen unseren Leserinnen und Lesern, folgende Seiten zu besuchen:



Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle
Innovationstätigkeit, über die in der Schweiz kaum gesprochen wird...

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA
Was die Schweiz alles tut...

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Neue Leitbilder und viel Internationales auf der Armee-Homepage der neutralen Schweiz...

Die Eidgenössische Bundesverwaltung
Besuchen Sie regelmässig die Rubrik «Neuste Pressemitteilungen» und Sie wissen, was Wichtiges und Unwichtiges getan wird...

Arbeitskreis Gelebte Geschichte AGG
Kompetente und der Wahrheit verpflichtete Beiträge zur Schweiz während des Zweiten Weltkrieges. Wohltuender Kontrapunkt zur 22-Millionen-Bergier-Kommission...

«Starke Argumente finden Sie in unserer Schriftenreihe»

Ex. **«Armeeleitbild XXI unter Beschuss: Zum Konzeptionsstreit um die Schweizer Milizarmee»**, Fr. 10.–

Ex. **Das Rütli**
Ursprung, Widerstand, Wegweiser, Fr. 10.–

Ex. **Die schweizerische Flüchtlingspolitik 1933-1945**
von Dr. Alfred Cattani, Fr. 10.–

Ex. **Das Ende der J-Stempel-Saga**
Fallbeispiel von Geschichtsprägung durch Medienmacht von Dr. Max Keller, Fr. 10.–

Ex. **Das «sichere Ende des Vaterlandes»**
Gottfried Keller und die schweizerische Gegenwart von Prof. Dr. Eduard Stäubli, Fr. 5.–

Ex. **Die Schweiz im 2. Weltkrieg**
Bedrohte Schweiz – Die Bewahrung von Treumund E. Itin, Fr. 8.–

Ex. **Augenmass in militärischen Dingen**
Eidgenössische Volksabstimmungen über militärische Fragen seit 1872 von Jann Etter, Fr. 5.–

Ex. **1945 • 1995 • 1997**
von Dr. Max Keller †, Fr. 3.–

Ex. **«...so, dass keiner mehr die Sprache des andern versteht»**
Politik mit verfälschten Begriffen von Prof. Dr. Eduard Stäubli, Fr. 6.–

Ex. **Herrschaft durch Sprache**
Political Correctness – auch in der Schweiz von Dr. Paul Ehinger, Fr. 8.–

Ex. **Die Schweiz im strategischen Umbruch**
von Divisionär Dr. Bachofner, Fr. 8.–

Ex./Set **16 Postkarten**
aus dem Alltag der Schweizer Armee, Fr. 10.–

Ex. **Aktuelle Ausgabe des Bulletins «PRO LIBERTATE-Mitteilungen»**, gratis
Ursprung, Widerstand, Wegweiser, Fr. 10.–

Bitte senden Sie mir die bestellten Schriften an folgende Adresse:

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Wichtiges Anliegen!

12

Werben Sie Mitglieder für PRO LIBERTATE

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Alles ist in Bewegung – die Botschaft und die Bestrebungen von PRO LIBERTATE für die Erhaltung einer lebenswerten Schweiz waren noch nie so aktuell wie heute.

Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE feierte dieses Jahr ihren 45. Geburtstag. Mehr als 4 Jahrzehnte Vereinsarbeit liegen hinter uns. Die Arbeit hat sich gelohnt. Doch auch in Zukunft warten noch viele anspruchsvolle Aufgaben auf uns. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir sie in Angriff nehmen.

Unsere Vereinigung benötigt dringend zusätzliche Mitglieder, Gönner und Sympathisanten, damit neue Aktionen noch wirkungsvoller durchgeführt werden können.

Neue Mitglieder helfen mit, unsere Ziele zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Wir danken Ihnen für Ihr Engagement und freuen uns auf zahlreiche neue PRO LIBERTATE-Mitglieder.

Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstützen «PRO LIBERTATE»

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.– Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- mit einer jährlichen Spende für den Landesverteidigungsfonds (ohne Mitgliedschaftspflicht)
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach • 3000 Bern 11

7.01

Impressum

Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber, A. Gür

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.
Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident), 3800 Matten b. I.
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen
Christian Schmid, 3283 Niederried bei Kallnach
Annemarie Gür-Bossard, 3800 Matten b. I.

Redaktionsschluss dieser Nummer: 10.12.2001

Schon vorbei
«gesurft»?

www.prolibertate.ch

Ihre Anregungen nehmen wir gerne unter info@prolibertate.ch entgegen